



Köln-Leverkusen

Leserbrief zum Focus Titelthema „Die Burn-out-Gesellschaft“ (Ausgabe 10/10 08.03.2010)

Ich bin sehr erfreut, dass Sie das Thema Burn-Out, verursacht durch Belastungen am Arbeitsplatz einmal aufgegriffen haben. Aus meiner täglichen Arbeit kann ich ihnen leider bestätigen, dass es in allen Unternehmen ein aktuelles Thema ist, besonders jedoch in den sogenannten hochqualifizierten Angestelltenbereichen.

In ihrem Artikel befassen Sie sich stark mit den möglichen Ursachen für ein Burn-Out, gehen auf verschiedene Einzelschicksale ein und erwähnen sogar, dass es manche Promis schick finden sich eine Auszeit wegen eines Burn-Outs zu nehmen. Dies finde ich ehrlich gesagt sehr einseitig dargestellt, denn es erweckt den Eindruck, als wären die ArbeitnehmerInnen diejenigen, die verantwortlich sind für ihre Erkrankung, weil sie nicht rechtzeitig die Notbremse gezogen haben, oder einfach einer Modeerscheinung folgen wollen.

Sie berichten von einer Ratlosigkeit der Unternehmen, die sich auf großen Konferenzen zusammenfinden um nach Auswegen zu suchen, aber Sie gehen mit keiner Silbe darauf ein, dass vor allem die Unternehmen eine Fürsorgepflicht für ihre ArbeitnehmerInnen haben. In der EU-Rahmenrichtlinie (89/391/EWG) - Präambel heißt es: "Die Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten am Arbeitsplatz gehört zu „Zielsetzungen, die keinen rein wirtschaftlichen Überlegungen untergeordnet werden dürfen.“ Ausserdem finden sich in fast allen Unternehmenskodex die Worte "...die Gesundheit unserer MitarbeiterInnen ist unser höchstes Gut..."

Dies sieht jedoch in der Realität ganz anders aus. Es wird sogar öffentlich formuliert.

„Den Druck der Finanzmärkte herunterzubrechen auf jeden einzelnen Mitarbeiter, das ist das Kunststück; das über das Überleben der Betriebe entscheiden wird.“ (Martin Kannegeiser, Präsident Gesamtmetall, November 2000)

Und genauso sieht die Unternehmenspolitik in den meisten Betrieben aus. Wirklich ernsthaft haben sich nur wenige Betriebe mit den Gefahren psychischer Belastungen beschäftigt und wenn nur aufgrund von Druck seitens der Betriebsräte. Deshalb wurde auch bisher in nur 30% aller deutschen Betriebe, die seit 1996 im Arbeitsschutzgesetz vorgeschriebene Gefährdungs- und Belastungsbeurteilung durchgeführt.

Diese schreibt den Arbeitgebern vor, alle Belastungen eines Arbeitsplatzes zu erfassen - auch die psychischen Belastungen, sie zu dokumentieren und Massnahmen zur Entlastung umzusetzen. Bei einer solchen Gefährdungs- und Belastungsbeurteilung würde unter Umständen sichtbar, dass die Personalbemessung viel zu gering ist, oder die Arbeitsorganisation nicht optimal gegliedert, etc. Es müssten dann Massnahmen eingeleitet werden, die z.B. Weiterbildungen und Umstrukturierungen bedeuten würden.

Davor fürchten sich viele Arbeitgeber aus zwei Gründen.

Erstens, die Kosten könnten in die Höhe gehen, weil man evtl. mehr Personal braucht, das ist in vielen Betrieben aufgrund vorgeschriebener Planzahlen der Unternehmensleitungen nicht möglich, und zweitens, weil die Betriebsräte hier ein umfassendes Mitbestimmungsrecht haben, welches tief in die Unternehmensdirektion hineinreicht. Das ist aber nicht gewollt.

Dabei könnten die Arbeitgeber durchaus daraus profitieren. Denn Arbeitsorganisationen könnten effektiver gestaltet, die Mitarbeiter entlastet und motiviert und die krankheitsbedingten Ausfalltage deutlich reduziert werden. "Von 1,50€, die das Unternehmen in die Gesundheit investiert, kommen 5,60€ als Ertrag zurück." (Studie der Harvard Medical School für Unilever Deutschland)

Zu befürchten ist jedoch, dass dieses wichtige Präventionsinstrument, Gefährdungs- und Belastungsbeurteilung, bald auch nicht mehr gegeben ist. Denn in der Empfehlung der High Level Group ("Stoiber Kommission") an die EU- Kommission wird vorgeschlagen, zum Abbau von Bürokratiekosten, die Dokumentationspflicht der Gefährdungs- und Belastungsbeurteilung in Betrieben mit bis zu 500 MitarbeiterInnen abzuschaffen. Damit wäre faktisch jede Kontrollmöglichkeit der vereinbarten Massnahmen genommen und das in 92% aller europäischen Betriebe.

Was ich letztlich sagen möchte ist, dass Erkrankungen aufgrund psychischer Belastungen keine Modeerscheinung sind, sondern die Konsequenz von unverantwortlichem Unternehmerverhalten und dass es durchaus Mittel und Wege gibt Belastungen abzubauen, sie aber bewusst nicht genutzt

werden. Die IG Metall wird in diesem Jahr mit dem Projekt "Gute Arbeit im Büro" in einigen Pilotbetrieben versuchen einen ganzheitlichen Gesundheitsschutz zu etablieren. Eine Auftaktveranstaltung für die Region Köln dazu besuchten vorletzten Samstag 140 interessierte KollegInnen, ohne dass es dazu einer großartigen Werbung bedurft hätte.

Zu diesem Projekt stehe ich gerne als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Kerstin D. Klein

Fachsekretärin

IG Metall Verwaltungsstelle Köln- Leverkusen

0221- 95 15 24-14

0160- 533 11 63

kerstin.klein@igmetall.de